

**Verlag für Systemische Forschung  
im Carl-Auer Verlag**



Niklas M. Wiegand

# **Beobachtungen organisationalen Wandels**

Die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“  
(DFG) im Gegensatz von Selbst- und  
Fremdbeschreibung

2011

Der Verlag für Systemische Forschung im Internet:  
**www.systemische-forschung.de**

Carl-Auer im Internet: [www.carl-auer.de](http://www.carl-auer.de)  
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an:

**Carl-Auer Verlag**  
**Vangerowstr. 14**  
**69115 Heidelberg**

Über alle Rechte der deutschen Ausgabe verfügt  
der Verlag für Systemische Forschung  
im Carl-Auer-Systeme Verlag, Heidelberg  
Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages  
Reihengestaltung nach Entwürfen von Uwe Göbel & Jan Riemer  
Printed in Germany 2011

Erste Auflage, 2011  
ISBN 978-3-89670-946-2  
© 2011 Carl-Auer-Systeme, Heidelberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Wir bedanken uns für die großzügige Unterstützung  
durch die Dr. Josef Schmid-Stiftung.

Diese Publikation beruht auf der Masterarbeit „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft  
im Gegensatz von Selbst- und Fremdbeschreibung. Eine weltgesellschaftstheoretische  
Analyse ausgehend von der Reform im Jahre 2002“ an der Universität Luzern, 2009.

Die Verantwortung für Inhalt und Orthografie liegt beim Autor.  
Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung sowie der  
Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Foto-  
kopie, Mikrofilme oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Ver-  
lags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

# Gliederung

Vorwort	5
1. Einleitung	9
1.1 Forschungsstand	13
1.2 Theorie und Methode	15
1.3 Aufbau	18
2. Beobachtungen organisationalen Wandels	21
2.1 Organisationswandel in der Weltgesellschaft	21
2.1.1 Dynamiken der Weltgesellschaft	21
2.1.1.1 Neo-Institutionalismus	21
2.1.1.2 Soziologische Systemtheorie	24
2.1.2 Organisationsbezüge und Wandel	28
2.2 Organisationen beobachten und beschreiben	30
2.2.1 Typologien der Organisation	31
2.2.2 Organisationale Selbstbeschreibung	32
2.2.3 Organisationen zwischen Sozialstruktur und Semantik	34
2.2.4 Fremdbeschreibungen und die Beobachtung zweiter Ordnung	39
2.2.5 Abweichungen	43
2.2.5.1 Intersystemische Organisationen	45
2.2.5.2 Polykontexturalität	46
2.3 Wandel der Beobachtung oder Beobachtung des des Wandels	47

3.	Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Gegensatz von Selbst- und Fremdbeschreibung	51
3.1	Globale und nationale Rahmenbedingungen	51
3.2	Aufbau und Funktionsweise	56
3.2.1	Gründungsmotive	56
3.2.2	Aufgaben	57
3.2.3	Strukturen	58
3.2.4	Fördermaßnahmen	61
3.3	Reform der DFG	61
3.3.1	Staatseinfluss in den Gremien der DFG	61
3.3.2	Selbstverwaltung der DFG	62
3.3.2.1	Begutachtungsverfahren	63
3.3.2.2	Praxis der Begutachtung	64
3.3.2.3	Kritik	66
3.3.2.4	Reform des Begutachtungsverfahrens	68
3.4	Beschreibungen der DFG	70
3.4.1	Selbstbeschreibung	70
3.4.2	Fremdbeschreibungen	71
4.	Die DFG im Spiegel der Weltgesellschaft	75
4.1	Organisationswandel	75
4.2	Organisationsbeschreibung	78
5.	Fazit	82
	Literaturverzeichnis	87

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die Ebenen- und Systemdifferenzierung im Kontext der Weltgesellschaftstheorie	25
Abbildung 2:	Beobachter 1. und 2. Ordnung	40
Abbildung 3:	Organisationsbeschreibungen im Kontext	41
Abbildung 4:	Die Beobachtung von Organisationsbeschreibungen durch das Rechtssystem	47
Abbildung 5:	Gremienstruktur der DFG*	60
Abbildung 6:	Begutachtungsverfahren der DFG in der Einzelförderung	65
Abbildung 7:	Funktionsorientierungen der DFG in der Beobachtung	82

\*Grafik nach Vorlage der DFG, Bonn

# 1. Einleitung

Die Forschungsförderung des 19. und 20. Jahrhunderts war zu keinem Zeitpunkt längerfristig konstant, sondern immer einem Wandel unterlegen. Gemessen am heutigen Verständnis gab es im 19. Jahrhundert keine Forschungsförderung, sondern lediglich eine Form der Wissenschaftspolitik<sup>1</sup>, welche zu dieser Zeit noch weitgehend mit der Hochschulpolitik zusammenfiel und hauptsächlich in der Berufung von Lehrstühlen zum Ausdruck kam (vgl.: Stichweh 1994: 156f., Felt et al. 1995: 211). Forschungsförderung bestand damals im Sinne des humboldtschen Bildungsideals zunächst einmal darin, dass Universitäten vom Staat Gelder für Forschungen bekamen und sie dafür die Lehre von Studenten gewährleisten mussten<sup>2</sup>. Diese Wissenschaftspolitik differenzierte sich im 20. Jahrhundert vor allem durch die Entstehung staatlicher Forschungsförderungsorganisationen (FFO) aus. So konnten durch die Gründung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Jahr 1920, aus der sich später die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) entwickeln sollte, erstmals strategische Planungen vorgenommen werden, welche durch Förderprogramme umgesetzt wurden (vgl.: Weingart 2003: 127; Stichweh 1994: 159f.)<sup>3</sup>. Für die Wissenschaft, welche bis dahin

---

<sup>1</sup> Wissenschaftspolitik soll hier nicht als eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauende Politikberatung verstanden werden (vgl. dazu: Weingart 2003: 93ff), sondern als eine Bereitstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen für die Wissenschaft, welche sowohl durch die Politik, aber auch durch eine „politische Wissenschaft“ vollzogen werden kann (vgl.: Stichweh 2000a:173).

<sup>2</sup> Schwinn hält dementsprechend fest: „Das wissenschaftliche Personal [bietet] Ausbildungsleistungen an und erhält im Gegenzug dafür Ressourcen“ (2009: 59).

<sup>3</sup> Neben der staatlichen Forschungsförderung durch die DFG gibt es auch noch weitere Organisationen der Forschungsförderung, wie die der Stiftungen und der Fraunhofer Gesellschaft (vgl. dazu Felt et al. 1994: 221f.).

durch die universitäre Grundfinanzierung in ihren Forschungsaktivitäten stark limitiert war, tat sich somit eine weitere Förderungsquelle auf. Denn, so halten Krohn und Küppers fest, „Geld für Forschungen größerer Umfangs (...) muss extra eingeworben werden. [Und] Adressaten sind [hierfür] in erster Linie die Programme der wissenschaftlichen Förderorganisationen“ (1989: 88; vgl.: Schwinn 2009: 58; Stichweh 1994: 161ff). Damit hat es ein Antragsteller um Fördergelder mit den Programmen der FFO zu tun, welche über Forschungsziele und zeitliche Vorgaben von Forschung mitbestimmen (vgl.: Krohn/Küppers 1989: 87).

In diesem Zusammenhang deutet sich bereits an, dass sich in FFO sowohl politische als auch wissenschaftliche Interessen begegnen. Dieser Gegensatz war bereits in den 1930er Jahren Gegenstand einer wissenschaftspolitischen Diskussion zwischen liberal-konservativen und marxistischen Wissenschaftstheoretikern. Während erstere eine Fremdsteuerung der Wissenschaft durch die Politik befürchteten, wie es sich kurze Zeit später auch bewahrheiten sollte, erhoffte sich die marxistisch orientierten Wissenschaftler einen verstärkten gesellschaftlichen Nutzen von einer stärker gelenkten Forschung (Felt et al. 1995: 213).

Heute organisiert sich Wissenschaft einerseits selbst, was sich primär in Form der wissenschaftseigenen Begutachtungsverfahren für Förderungsanträge zeigt (vgl.: Gläser/Lange 2007: 440). Andererseits wirken aber auch politische Interessen auf die FFO ein, die sich qua finanzieller Abhängigkeit geltend machen können und oftmals sogar zur direkten Beteiligung von politischen Akteuren bis in die Organisationsstrukturen der FFO führen.

Die Bedeutung der FFO hat dabei insbesondere seit den 1990er Jahren zugenommen, „weil der Staat immer mehr Ressourcen in Form der kompetitiven Projektförderung verteilt, während der Anteil der institutionellen Forschungsförderung, das heißt der Grundfinanzierung von Forschungsorganisationen und Forschung in Universitäten, abnimmt“ (Gläser/Lange 2007: 445; vgl.: Nowotny et al.

2005: 101). Es ist dabei aber nicht nur zu einer Verschiebung der Ressourcenverteilung gekommen. Vielmehr hat der Staatseinfluss auch innerhalb der FFO sukzessive zugenommen, sodass es in den FFO zu einer Verschiebung der sogenannten *science-policy boundaries* zugunsten des politischen Einflusses gekommen ist (vgl.: Lengwiler/Simon 2004; Halfman 2005; Raman 2005)<sup>4</sup>. Dieser Wandel der FFO hat sich dabei weltweit ähnlich vollzogen (vgl.: Lepori et al. 2007; Barben 2004), was insbesondere auf die weltweit veränderten gesellschaftlichen Bedingungen von Forschung und Wissenschaftspolitik zurückgeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang kann auch im Falle der DFG ein Organisationswandel angenommen werden (vgl.: Salaw-Hanslmaier 2003; Horstkotte 2006). Denn vor allem seit dem Jahr 2002 hat es verschiedenen Satzungsänderungen und Organisationsumstrukturierungen gegeben, welche den Einfluss politischer Kräfte gestärkt haben, sodass davon auszugehen ist, dass die „wissenschaftsexterne Entscheidungsgewalt wächst“ (Powell 2000: 12; vgl.: Lübbert 2006; Koch 2006). Trotz dieser gesellschaftsweit wahrgenommenen Veränderungen der DFG beschreibt sich diese aber weiterhin, genau wie vor über 50 Jahren, als Organisation der Wissenschaft in „akademischer Selbstverwaltung“ (DFG 1952).

Der Gegensatz zwischen der veränderten Organisationsstruktur und den daraus resultierenden abweichenden Fremd- und Selbstbeschreibungen ist in hohem Maße erklärbungsbedürftig und somit auch wissenschaftspolitisch von Interesse. Nicht zuletzt könnte die Autonomie der bedeutsamsten Forschungsförderungsorganisation Deutschlands in Frage gestellt werden. Aus diesem Grund soll in der vorliegenden Studie der Versuch unternommen werden, zu erklären, wie es zu den unterschiedlichen Beobachtungen des organisationalen Wandels der DFG kommen konnte. Dafür soll sowohl

---

<sup>4</sup> Nowotny et al. führen als Beispiel hierfür die Erosion des Peer-Review-Systems durch den European Research Council an (2005: 101).

die Organisations- als auch die Wissenschaftsforschung befragt werden, um deren Einsichten auf den Fall der DFG zu beziehen.

Für den Wandel der DFG wird zu analysieren sein, welche Veränderungen in der Organisationsform tatsächlich vorgenommen wurden und aus welchen Gründen dies geschehen ist. Sodann wird geprüft, von welchen Akteuren der proklamierte Wandel wie beobachtet und letztlich kommuniziert wurde.

Forschungsarbeiten zu der hier aufgeworfenen Fragestellung wurden bisher nicht durchgeführt. Auf der Seite der theoretischen Vorarbeiten sind aber insbesondere Tacke (2001) und Braun (1997) zu nennen, welche bedeutende Arbeiten zum Thema Organisationstypologien veröffentlicht haben. Studien über die DFG sind selten<sup>5</sup>. Lediglich Salaw-Hanslmaier (2003) hat einen ausführlichen Beitrag aus rechtswissenschaftlicher Perspektive geleistet, auf den später Bezug genommen wird. Ansonsten liegen hauptsächlich Aufsätze wie von Lübbert (2006) vor, die zwar oftmals eine gute Übersicht zur DFG liefern, aber in Fragestellung und Komplexität in der Regel begrenzt sind.

Um die theoretische Abgrenzung, die methodische Vorgehensweise sowie den Aufbau dieser Arbeit zu erläutern, wird nachfolgend zunächst dargelegt, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in Organisationen der Forschungsförderung bisher beschrieben wurde.

---

<sup>5</sup> Der Sammelband „Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“, ist zwar 2010 von Orth und Oberkrome herausgegeben worden, fokussiert aber lediglich die Zeitspanne von 1920 bis 1970. Deshalb lassen sich von diesen Arbeiten kaum Rückschlüsse auf die hier aufgeworfene Fragestellung zu den jüngsten Organisationsentwicklungen der DFG ableiten.

## 1.1 FORSCHUNGSSTAND

In der wissenschaftlichen Diskussion wird in der Hauptsache von Forschungsförderungsorganisationen gesprochen, welche weder eindeutig der Wissenschaft noch dem Staat zuzurechnen sind<sup>6</sup>. Guston spricht deshalb von boundary organizations (2000) und definiert diese „as a way of mediating between scientific and political interests“ (Raman 2005: 418). Ähnlich fasst Trute eine FFO „als typische Organisation des Bereichs des Öffentlichen, der Halbstaatlichkeit, des Dritten Sektors oder wie auch immer die Bezeichnung für diesen Zwischenbereich sein möge“ (1993: 663f.; Felt et al. 1994: 210, 214).

Es ist aber vor allem Braun, der das Verhältnis von politischen und wissenschaftlichen Interessen in FFO analog zu diesen Organisationsdefinitionen analysiert hat (1997). Braun konzipiert FFO im Wesentlichen ebenso als Dritte-Sektor-Organisationen und auch als intermediäre Organisationen, welche sich neben Organisationen der Wirtschaft und der Politik etabliert haben (vgl.: Braun 1997: 19f). Seine Studien beruhen auf dem akteurstheoretischen Ansatz, wie er im Kontext des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (MPIfG) entwickelt wurde<sup>7</sup>. In dieser Organisationsform kommt ein Kompromiss zum Ausdruck, welcher, wie bereits oben angemerkt, einerseits die Bestrebungen der Wissenschaft zur autonomen Selbstorganisation und andererseits das politische Interesse

---

<sup>6</sup> Durch die Betonung von Wissenschaft und Politik wird in diesen Analysen deutlich, dass die Wirtschaft (Industrie) für die FFO keine zentrale Rolle spielt. Das liegt darin begründet, dass die Aufgabe der FFO primär in der Förderung der Grundlagenforschung besteht. Es ist vielmehr die angewandte Forschung, oft in Industrielaboratorien, in der die Interessen der Industrie vorrangig sind (vgl.: Braun 1997: 18).

<sup>7</sup> Dort waren es Mayntz und Scharpf (1995), welche sich mit dem Einfluss von Akteuren auf gesellschaftliche Teilsysteme und hier vor allem der machtpolitischen Steuerung der Wissenschaft beschäftigt haben.

an einer möglichst effizienten und gesellschaftsdienlichen Wissenschaft umfasst (vgl. ebd.: Kap. 3). Braun konzeptionalisiert hierbei drei zentrale Annahmen, welche dieses Verhältnis beschreiben und als allgemeiner Konsens gelten können.

Zum einen formuliert Braun die These der „Steuerungserweiterung“. Damit wird die Annahme vertreten, dass „Intermediäre Interaktionssysteme nicht nur [entstehen], weil staatliche Steuerung defizitär ist, sondern auch als Möglichkeit, problembeladene gesellschaftliche Bereiche, die bisher staatlich ungesteuert waren, zu einem Thema staatlicher Intervention machen zu können“ (Braun 1997: 51; vgl. auch: Cozzens/Woodhouse 1995: 534).

Die zweite These von der „Vereinnahmung“ intermediärer Systeme durch die Adressaten geht davon aus, dass Akteure aus Politik und Wissenschaft in den FFO ihre Machtpositionen wann immer es ihnen möglich ist ausnutzen (vgl.: Schwinn 2009: 58). Dabei wird der Wissenschaft letztlich eine überlegene Position eingeräumt, da diese originär für die Produktion wissenschaftlicher Expertise zuständig ist und somit eine Monopolstellung für das herzustellende Gut Wissen hat. Stichweh hält entsprechend fest, dass es das Ziel von Wissenschaftlern ist, aktiv Einfluss auf Wissenschaftspolitik zu nehmen, um „den autonomen Spielraum der Wissenschaft [zu] vergrößern“ (1994: 157).

Die letzte These vermutet Dynamiken der „Verselbstständigung“ in intermediären Systemen. Damit ist gemeint, dass es keiner Seite, weder der Wissenschaft noch der Politik, gelingen kann, Fördersysteme planerisch für sich zu vereinnahmen. Vielmehr konstituiert sich ein gemeinsamer Sinnzusammenhang, der „Solidarität nach außen bei durchaus fortwährenden Konflikten nach innen (...) erzeugt“ (Braun 1997: 59). Krohn und Küppers haben in diesem Kontext die These des sogenannten „Randes“ aufgestellt, welcher sowohl durch die Wissenschaft als auch die Politik geteilt wird und die Beziehungen zwischen der Wissenschaftsorganisation und deren Umwelt reguliert (1989: 42ff).

Allen drei Annahmen ist gemeinsam, dass sie das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen der Politik und der Wissenschaft zu fassen versuchen. Während in der These der Steuerungserweiterung das politische System und in der These der Vereinnahmung das Wissenschaftssystem als dominant eingeschätzt wird, geht man bei der Verselbstständigung intermediärer Organisationen von einem relativen Gleichgewicht beider Akteure aus.

Insgesamt wird also deutlich, dass das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der Forschungsförderung konfrontativer Art ist, denn „nowhere is this struggle for the control of science more apparent than in the endless negotiations of the boundary between science and politics“ (Gieryn 1995: 435).

Brauns Thesen folgend kann für die hier proklamierte Erhöhung der politischen Einflussnahme innerhalb der DFG davon ausgegangen werden, dass es entweder zu einer Steuerungserweiterung oder einer stärkeren Vereinnahmung der Forschungsförderung durch die Politik gekommen ist.

Während in der wissenschaftlichen Diskussion über die FFO die strukturellen Veränderungen in der Organisationsform in der Regel wahrgenommen werden, fehlt dagegen oftmals eine Betrachtung der Rolle von Organisationsbeschreibungen und Organisationsbeobachtungen. Im folgenden Kapitel werden theoretische und methodische Überlegungen angestellt, welche helfen sollen, mit der vorliegenden Studie die angedeutete Forschungslücke zu schließen.

## 1.2 THEORIE UND METHODE

Diese Arbeit verfolgt das Ziel den beobachteten organisationalen Wandel am Beispiel der DFG primär im Rekurs auf eine weltgesellschaftstheoretisch orientierte Perspektive zu erklären. Denn es wird davon ausgegangen, dass die Dynamiken der Weltgesellschaft einen

starken Einfluss sowohl auf die Strukturen als auch auf die Beschreibungen von Organisationen haben.

Die beiden Weltgesellschaftstheorien, welche heute in der wissenschaftlichen Diskussion behandelt werden, sind zum einen eine Form des Neo-Institutionalismus, die World-Polity Forschung John W. Meyers (2005), und zum anderen die soziologische Systemtheorie Niklas Luhmanns (1997; Stichweh 2000a). Trotz vieler Unterschiede vereint beide Theorien ein makrodeterministischer Ansatz. Dieser besagt, dass es global emergierende Prozesse sind, die letztlich alle Formen des gesellschaftlichen Wandels – also sowohl auf Mikro, Meso- als auch Makroebene – und damit auch den Organisationswandel herbeiführen (vgl.: Greve/Heintz 2005; Albert 2006). Damit soll nicht gesagt sein, dass Organisationen nicht mehr autonom seien, also beispielsweise keine eigenständigen Entscheidungen mehr treffen können. Es soll an dieser Stelle vielmehr die Einbettung einer Organisation in deren globalisierten Gesellschaftskontext betont werden.

Die Weltgesellschaftstheorie muss damit im Gegensatz zu handlungstheoretischen Ansätzen, wie dem oben angeführten von Braun, betrachtet werden. Für diese Ansätze ist es der selbstbestimmte Akteur, wie das Individuum, die Organisation oder der Nationalstaat, welcher als zentrale Instanz gesellschaftlicher Veränderungsdynamiken betrachtet wird (vgl.: Ulrich 1994; Greve/Heintz 2005: 109). Die beiden Weltgesellschaftstheorien lehnen solch ein Akteursverständnis ab, denn „Handlungen und Handelnde gelten in der Perspektive beider Forschungsansätze als ‚institutionell und kulturell gedeckte Konstrukte‘“ (Hasse/Krücken 2005b: 97) und somit durch die Strukturen der Weltgesellschaft bestimmt.

Zur Beantwortung der Fragestellung ist es notwendig, die Veränderungen der Organisationsstruktur der DFG im Kontext der weltgesellschaftlichen Prozesse darzustellen, von denen anzunehmen ist, dass sie mit den veränderten Beschreibungen der DFG korrelieren. Erst dann kann eine Analyse der Selbst- und Fremddarstellung der

DFG vorgenommen werden. Die Weltgesellschaftstheorie bietet sich für eine solche Organisationsanalyse insbesondere deshalb an, weil sie Organisationen einen zentralen Stellenwert in der Weltgesellschaft einräumen, bei dem auch der Wandel von Organisationen thematisiert wird (vgl.: Hasse/Krücken 2005, 2007; Albert/ Hilkermeier 2001, 2004, Thomas 2004).

Nachdem die veränderten Organisationsstrukturen der DFG weltgesellschaftstheoretisch analysiert wurden, kann darauf aufbauend die Organisationssemantik<sup>8</sup> der DFG behandelt werden. Dafür wird ein Vorgehen gewählt werden, welches sich an der so genannten funktionalen Analyse orientiert, die „nicht als ‚reine‘ Methode zu begreifen, sondern als eine Forschungseinstellung, welche sich aus der erkenntnistheoretischen Leistung der Systemtheorie ableiten lässt und von Luhmann selbst als unkonventionelle Art des Zusammenstellens und Vergleichens unter abstrakten Problemgesichtspunkten beschrieben wird“ (von Groddeck/Siri 2008: 2; Stichweh 2010: 24). Die beiden Leitfragen einer funktionalen Analyse lauten dabei: Welches Problem löst eine Kommunikation und wer beobachtet was wie? Damit kann beobachtet werden, ob etwas Beschriebenes auch anders dargestellt werden kann, sodass es zur Vergleichbarkeit von Beobachtungsperspektiven und damit einhergehend Problemlösungsmöglichkeiten kommt (vgl.: Fuchs 2003:1f.). Deshalb scheint die funktionale Analyse besonders gut geeignet zu sein, die widersprüchlichen Beschreibungsverhältnisse der DFG im Kontext weltgesellschaftlicher Prozesse zu analysieren. Dementsprechend betonen auch von Groddeck und Siri: „In der Organisationsforschung [werden] unserer Ansicht vor allem das Verhältnis von Selbst- und Fremdbeschreibungen und konfliktuöse/bzw. auf den ersten Blick paradoxale Formen der Selbstbeschreibung interes-

---

<sup>8</sup> Kaldewey konstatiert zum Semantikbegriff: „Die Unterscheidung von Gesellschaftsstruktur und Semantik [hat sich] als einflussreiches Exportprodukt der soziologischen Systemtheorie erwiesen“ (2008).

sant“ (2008: 2). Da beide Aspekte auf den Fall der DFG zutreffen, wird angenommen, dass die funktionale Analyse eine geeignete Methode für diese Arbeit ist. Zwar kann eine solche Analyse keine „Wenn, dann“-Aussagen über Kausalbeziehungen liefern, dafür wird es aber möglich „to shed light on the underlying and implicit distinctions constituting self-descriptions as well as descriptions of others“ (Besion & Pronzini 2010: 8, Stichweh 2010: 24). Wenn also dem einen Beobachter aufgezeigt werden könnte, warum sich seine eigene Beobachtung von der Beobachtung anderer unterscheidet, wäre schon viel gewonnen. Denn sieht sich der Beobachter im Kontext seiner Umwelt, so erhält jener eine oder sogar mehrere neue Beobachtungen seiner Selbst hinzu. Konsequenzen können dann, müssen aber nicht die Folge einer solchen Analyse sein.

### 1.3 AUFBAU

Die Arbeit ist in zwei Hauptabschnitte gegliedert, einen Theorie- (2.) und einen (3.) Anwendungsteil. Eine der Problematik der Fragestellung angemessene Analyse erfordert dabei eine differenzierte Vorgehensweise:

In dem ersten Teil des Theorieabschnitts (2.1) wird auf den weltgesellschaftlichen Kontext von Organisationen eingegangen. Deshalb werden zuerst die weltgesellschaftstheoretischen Grundprinzipien erörtert, welche für die Analyse des Wandels von Organisationenstrukturen und -semantiken notwendig sind. Dann werden die Grundannahmen der beiden Weltgesellschaftstheorien umrissen<sup>9</sup>, bevor auf die Hauptthesen geschlossen werden kann, welche

---

<sup>9</sup> Eine ausführliche Darstellung und Zusammenführung beider Theorien kann und soll an dieser Stelle nicht geleistet werden, weshalb es hier nur darum gehen kann die Grundprinzipien der Weltgesellschaftstheorien im Zusammenhang zur Fragestellung darzustellen (vgl. aber ausführlich dazu: Hasse/Krücken 2005b, 2007; Albert/Hilkermeier 2001, 2004; Thomas 2004, 2009).

schließlich in einer Makrodeutung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse zusammengeführt werden. In einem zweiten Schritt (2.1.2) wird dann auf die gesellschaftlichen Organisationsbezüge eingegangen, welche es erst ermöglichen, einen Zusammenhang zwischen einem Organisationswandel, wie dem proklamierten der DFG, und den Dynamiken der Weltgesellschaft herstellen zu können. Der zweite Theorieabschnitt (2.2) thematisiert auf einer beobachtungstheoretischen Ebene die Funktionen von Organisationsbeschreibungen. Wie hier zu zeigen sein wird, sind es vor allem Organisationstypologien, denen im Kontext von Organisationsbeschreibungen eine zentrale Rolle beigemessen werden kann. In einem Zwischenfazit (2.3) werden die theoretischen Erkenntnisse zusammengefasst, die für die Analyse der Reform und Beschreibungen der DFG wichtig sind.

Im Anschluss an diese theoretischen Überlegungen zur Beobachtung von organisationalen Wandlungsprozessen wird der Fall der DFG erörtert. Hier wird es zunächst darauf ankommen, zu zeigen, wie sich die Rahmenbedingungen für die Forschungsförderungsorganisationen weltweit sowie im nationalstaatlichen Kontext verändert haben (3.1). Es wird dann zu prüfen sein, ob diese veränderten Umweltbedingungen der DFG letztlich auch zu deren Reform geführt haben. Daraufhin werden zuerst der Aufbau und die Strukturen der DFG (3.2) sowie deren Reform (3.3) betrachtet. Anschließend werden die eingangs bereits angedeuteten divergierenden Beschreibungen der DFG thematisiert (3.4). In dem folgenden Kapitel (4.) wird rekapituliert, inwieweit die Diskrepanzen zwischen den veränderten Organisationsstrukturen der DFG sowie deren Selbst- und Fremdbeschreibung im Kontext weltgesellschaftlicher Prozesse erklärt werden kann. Im letzten Kapitel (5.) werden schließlich Erklärungsansätze sowie mögliche Schlussfolgerungen zu der aufgeworfenen Fragestellung aufgezeigt.